

# DIREKTE AKTION MÜNCHEN

**FAU IAA**  
ANARCHOSYNDIKALISTISCHE  
ZEITUNG

1. Mai 2006 Kostenlos

## FAU

- Es gibt keinen Grund für das Einkommen..... 1
- Straftaten kein Grund ALG II zu verweigern..... 3
- Lasst Uns über Revolution reden, denn der Kapitalismus ist das Problem!..... 5
- Erich Mühsam: Der Revoluzzer..... 6
- Mehr Arbeitslosengeld statt staatlicher Subventionen an die Kirchen... 6
- Nur wer Geld hat, bekommt Recht..... 8
- Stell Dir vor sie wollen den Streik brechen und Niemand macht mit..... 9

## chefduzen.de

- Wenn ChefInnen rot sehen..... 3

## Karawane

- Stellungnahme zum 1. Mai..... 4

## ALM

- Religion ist Heroin für's Volk..... 7

## AnaRKomM

- Instruktion zur Bildung von revolutionären Betriebsräten..... 10

Das kleine alternative  
**1. Mai-Fest**  
ab 16 Uhr  
in der Weltwirtschaft

Schwanthalerstraße 80  
U4/U5 Theresienwiese

# Es gibt keinen GRUND für das EINKOMMEN

Es gibt so viele „neue“ Ideen, um die Zukunft der Menschen zu einer besseren zu reformieren. Begriffe wie „Grundeinkommen“, gar noch „bedingungslos“, machen die Runde. Das „bedingungslose Grundeinkommen (BGE)“ soll „ein beachtenswertes Konzept vom Gründer der Drogeriemarktkette dm Götz Werner“ sein. (Quelle: www. unternimm-die-zukunft.de) Der Herr Professor wurde im „Handelsblatt“ hochgelobt und regelrecht gefeiert. Bei genauerer Betrachtung entpuppt sich das BGE nur als erzeaktionär. Viele Formulierungen klingen sehr wohlwollend und humanistisch, dahinter verbirgt sich aber der alte Geist des Wirtschaftsliberalismus.

Da heißt es: „Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger von der Wiege bis zur Bahre wird ohne Bedürftigkeitsprüfung jedem Bürger gewährt, ... Jeder Bürger erhält dieses Grundeinkommen unabhängig davon, ob er darüber hinaus noch ein Erwerbseinkommen oder sonstige Einkommen z.B. aus Kapitalvermögen, Immobilienbesitz, Erbvermögen usw. bezieht.“ Das bedeutet, dass es nicht nur vom Kind bis zum/r GreisIn gewährt wird, sondern den MulimillionärInnen ebenso wie den Sozialhilfeabhängigen! Für die Bedingungslosigkeit werden die armen Arbeitslosen/ Sozialhilfeabhängige lediglich nur in den Vordergrund gerückt, um aufzuzeigen, wie schlimm doch der seit Jahrzehnten praktizierte Arbeitszwang sich auf diese „Bürger“ auswirkt. Viele im Grunde genommen richtigen Beschreibungen, denen Wir durchaus zustimmen müssen, aber nur weil die Realität in der staatlichen Armuts- und Almosenverwaltung so ist. Bei dem Herrn Professor Werner mutieren die Sozialhilfeabhängigen lediglich zu Grundeinkommensabhängigen. Die Illusion der Vollbeschäftigung unter den heutigen Wirtschafts- und Technologiebedingungen wird nicht nur er- sondern auch anerkannt. Bei der heutigen Automatisierung und der noch bevorstehenden, ist diese mehr als nur absurd. Daraus folgt logischer Weise, dass die Koppelung der Erwerbsarbeit an ein Lohnsystem eigentlich nicht mehr länger aufrechterhalten werden kann. Die reale Arbeit verschwindet immer schneller, trotz zurückhaltender Automatisierungsprozesse. Die bis heute von den Parteien aufrechtgehaltene Arbeitsmoral – „Sozial ist, was Arbeit schafft“ (CDU/CSU), „Arbeit muss sich wieder lohnen“ (FDP), „Arbeitsplätze sind für uns die schönsten Plätze in Deutschland“ (SPD), „Brüder, durch Sonne zur Arbeit“ (Die Grünen) und „Arbeit soll das Land regieren“ (PDS) – wird Uns in der Zukunft so lächerlich vorkommen, wie die Sexualmoral des 19. Jahrhunderts heute schon.

Lassen Wir Uns aber nicht von einem „humanen Unternehmer“ vom Schläge des Herrn Götz Werner mit seinem „bedingungslosen Grundeinkommen (BGE)“ die Sicht vernebeln. Inzwischen rennen ihm zahllose JüngerInnen aus den Reihen von verdi, WASG, Attac, SPD etc. hinterher, obwohl die absolute Grundbedingung für das „bedingungslose Grundeinkommen (BGE)“ die deutsche Staatsbürgerschaft ist!!! Im O-Ton klingt das dann so: „Hier plädieren wir für eine klare Regelung: Das Grundeinkommen sollten nur Bürger, d.h. Staatsbürger, unserer Gemeinschaft erhalten. Für diejenigen, die in unserem Land leben, aber die Staatsbürgerschaft nicht annehmen, könnten wir ein reduziertes Grundeinkommen einführen. Es ist unerlässlich zwischen den Bürgern und den Nicht-Bürgern zu unterscheiden.“ Und weiter heißt es: „Wer nicht Bürger ist, ist von all diesen Verpflichtungen frei, er trägt

nicht die politische Ordnung, sondern fügt sich ihr nur. Er ist nicht Quelle der Entstehung des Rechts, sondern muss nur das Recht respektieren.“ Darüber hinaus heißt es: „Steuern zu zahlen, ist nicht Ausdruck einer Identifizierung mit unserer Gemeinschaft; auch Unternehmen zahlen Steuern und tragen dennoch nicht unsere politische Ordnung.“ Klar ist dabei nur, dass die Unternehmen diese politische Ordnung nicht tragen, sprich sich nicht identifizieren und fügen, sondern sich schlichtweg darüber hinwegsetzen. Besonders verführerisch klingen folgende Worte des Herrn Prof. Werner: „Je höher das bedingungslose Grundeinkommen ist, desto mehr fördert es die Freiheit, Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen, ohne sich um das eigene Auskommen sorgen zu müssen – es sollte deswegen so hoch als möglich sein. ... Es gibt keine Bürger zweiter Klasse.“ An dieser Stelle möge sich jede/r selber mal vorstellen, wie glaubwürdig dieselbe Formulierung klingen würde, wenn sie hieße, die bisherige Sozialhilfe solle so hoch als möglich sein. Unglaublicher könnte es aus einem Unternehmermunde wohl kaum klingen.

Dies wird auch besonders deutlich bei dem Finanzierungskonzeptes des Herrn Prof. Unternehmer. Die rein rhetorische Frage: „Wer soll das BGE bezahlen angesichts der leeren Kassen und der vermeintlich notwendigen Sparmaßnahmen?“ beantwortet er zunächst lapidar: „Hellscherische Fähigkeiten besitzen wir nicht.“ (Na ja, vielleicht sollten er mal jemanden konsultieren, der diese Fähigkeiten besitzt.) Um dann einen simplen Trick anzuwenden, in dem er erklärt: „Das BGE ersetzt alle anderen Transferleistungen (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Kindergeld, Bafög etc.), Rentenansprüche werden verrechnet. Arbeitslosengeld wird durch eine Abfindungslei-

Fortsetzung auf Seite 2



stung oder ähnliches ersetzt, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber miteinander aushandeln. Man kann darüber nachdenken, z.B. regionale Unterschiede der Lebenshaltungskosten durch Zuschüsse (Ortzuschläge o.ä.) auszugleichen.“ Dies bedeutet also, weiterhin einen regionalen Unterschied zwischen den West- und Ostdeutschen, obwohl es ja keine „Bürger zweiter Klasse“ geben soll. Des Weiteren wird die Rentenkasse endgültig geplündert, was besonders relevant werden würde, wenn das BGE im nachhinein doch scheitert, es gäbe dann kein zurück mehr. Unerklärlich bleibt jedoch, wie das BGE „so hoch als möglich sein“ soll, bei derselben Grundlage wie vorher.

Hinzukommt dann die „Steuerreform“ des Prof. Werner, die zunächst die Einkommensbesteuerung

fit! Dafür sollen Wir als EndverbraucherInnen auch noch die gesamte Steuerlast tragen, mit der dann das BGE finanziert werden muss, um die Unternehmen darüber hinaus, die weitere Entlastung durch die Abschaffung der Sozialversicherungskosten (Lohnnebenkosten) zu ermöglichen. Dreister geht es wohl kaum noch.

Aber nicht nur die Arbeitslosen- und Rentenversicherung soll fallen, sondern auch die Krankenkassenversicherung. Da heißt es bei Prof. Werner dann: „In Vor-Krankenkassenzeiten war es durchaus üblich, dass das Honorar des Arztes sich nach den Besitzverhältnissen des Patienten gerichtet hat, eine Art direktes Solidar-system ohne Einschaltung einer Verteilungsinstanz wie die Krankenkassen. Eine solche Form des Ausgleichs,

sant zu machen, oder wir müssen sie wieder in die eigenen Hände nehmen. Auch hier werden die Automatisierungsmöglichkeiten manche Frage beantworten, schaut man sich die heutige Müllabfuhr und die Supermärkte an.“ Diese Arbeiten werden dann wohl von den „Nicht-Bürgern“ geleistet werden, da sie ja ein niedrigeres Grundeinkommen haben. Natürlich werden die (kapita)listigen UnternehmerInnen auch unter den BGE-Bedingungen, nach dem die Löhne von den Nebenkosten befreit wurden, versuchen die Löhne zu drücken. Besonders dann, wenn die „Bürger“ schon eine Grundversorgung genießen, werden sie darauf drängen, dass diese dann mit erheblich niedrigeren Löhnen zufrieden sein müssen. Da kann sich der Professor auf den Kopf stellen wie er mag, es wird nichts nützen.

Erstaunlicherweise gesteht Prof. Werner seinen „deutschen Staatsbürgern“ tatsächlich zu, dass sie über Generationen alle Reichtümer geschaffen haben, und sich somit das „bedingungslose Grundeinkommen“ redlich verdient hätten. Bei ihm lautet es dann so: „Der Wohlstand unseres Landes ist der Wohlstand aller Bürger. Er geht auf die Leistungen aller Bürger zurück, auch auf die Leistungen vorangehender Generationen. Deshalb gebietet es die Gerechtigkeit, alle Bürger an diesem Wohlstand zu beteiligen.“ Und weiter heißt es: „Ein bedingungsloses Grundeinkommen lässt sich als eine Art Wertschöpfungsdividende betrachten. Die wirtschaftliche Wertschöpfung erfolgt ja auf der Grundlage der Leistung vorangehender Generationen, insbesondere auf der Basis der von der Allgemeinheit erzeugten Kulturleistungen und über technologischen Wissens. Weil diese Grundlage durch das Leben und die Arbeit vieler Generationen hervorgebracht wurde, ist sie Eigentum aller. Jeder Bürger unseres Gemeinwesens kann sich gleichermaßen als Erbe dieser Leistung begreifen.“

Auf diese Wertschöpfungsalmosen des Professors können Wir gerne verzichten. Alle arbeitenden Menschen sind die legitimen Erben der Produktionsmittel, und dieses Erbe ist erst dann vollstreckt, wenn sich die Produktionsmittel endlich in den Händen der ArbeiterInnenklasse befinden. Die kapitalistischen ErbschleicherInnen müssen durch eine weltweite soziale Revolution enteignet werden. Es sind nur Scheinkämpfe, die die Konzerne um die Standorte der Produktionsmittel führen, denn damit bleiben Unsere Produktionsmittel weiterhin in den Klauen der kapitalistischen Klasse. Ebenso wenig lassen Wir Uns keinen Sandmännchensand in die Augen streuen, wenn die IG Metall mit ihren Siemensbetriebsräten einen Dialog mit SIEMENS über dessen Strategie des Konzerns suchen will, um die Standortverlagerungen von Deutschland in Billiglohnländer wie Indien zu verhindern, indem sie sich mit den KollegInnen in Indien solidarisch erklären, damit die Verlagerung von Indien nach dem noch billigeren China gestoppt wird und die Lohnspirale nicht noch weiter nach unten sinkt, und somit den Kreis schließt und hierzulande wiederum die letzten Arbeitsplätze auflöst. Sie fordert „bessere Bedingungen für alle Siemensbeschäftigten weltweit“, also auf den selben Standortunterschieden basierend; nur keine gleichen! Das verkauft die IGM als Internationale Solidarität, und

Fortsetzung auf Seite 8

# ZUM FREIEN GENUSS!

völlig abschaffen will und durch eine Konsumsteuer ersetzt werden soll. Das liest sich dann so: „Ein bedingungsloses Grundeinkommen sollte mit der Umgestaltung unseres Steuerwesens und auch der Besteuerungsprinzipien einhergehen. Vergleichbar radikal und einfach wie das BGE in all seinen Momenten ist der Vorschlag von Götz Werner und Benediktus Hardorp, von der Ertragsbesteuerung (Einkommen und Gewinne) vollständig Abschied zu nehmen. Sie plädieren für die Umstellung auf eine Verbrauchssteuer (Konsumsteuer), die im Inland erhoben würde. Nicht der nominale Geldbesitz würde dabei besteuert, sondern seine Nutzung. Denn für unser Gemeinwesen ist nicht entscheidend, dass ein Bürger erhebliche Geldwerte besitzt, entscheidend ist, wozu er sie einsetzt.“ Also absolute Steuerfreiheit für die kapitalistischen Maximal-Pro-

den die Profession der Ärzte selbst regelte, wäre ebenso denkbar wie eine Fond-Regelung.“ Also vorwärts ins 19. Jahrhundert, unglaublich aber wahr, der Mann meint das ernst. Wie die gesundheitliche Versorgung in der Vor-Krankenkassenzeit war, müsste eigentlich selbst den reaktionärsten SozialdemokratInnen und DGB-GewerkschaftlerInnen, die diesem ökonomischen Guru hinterher rennen, Erinnerung sein.

Darüber hinaus will Uns Herr Prof. Werner suggerieren, dass ArbeitnehmerInnen in gleicher Augenhöhe mit den ArbeitgeberInnen über die Löhne verhandeln könnten, nur weil diese ja durch das BGE nicht genötigt wären, schlechtbezahlte Arbeitsstellen anzunehmen. Deutlich soll dies bei „unbeliebten Arbeiten“ werden: „Wie heute schon (???) gibt es auch unter BGE-Bedingungen keinen Zwang, einen bestimmten Beruf zu ergreifen (er vergisst wohl die 1-€-JobberInnen). Das BGE erst lässt einen wirklichen Arbeitsmarkt entstehen, auf dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen souverän sind in der Aushandlung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Unbeliebte Tätigkeiten müssen entweder höher entlohnt werden als heute, um sie interes-

zu ergreifen (er vergisst wohl die 1-€-JobberInnen). Das BGE erst lässt einen wirklichen Arbeitsmarkt entstehen, auf dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen souverän sind in der Aushandlung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Unbeliebte Tätigkeiten müssen entweder höher entlohnt werden als heute, um sie interes-



# Wenn CheffInnen rot sehen

## Ein Forum der Ausgebeuteten bringt AusbeuterInnen in Rage

Die Geschichte des Forums chefduzen.de ist schnell erzählt. Der Forumsgründung vorausgegangen ist die Verzweiflung über die linke Szene und die Wirkungslosigkeit ihrer Aktivitäten. Dabei könnten die Zeiten kaum günstiger stehen für politische und soziale Kämpfe. Derweil ist es nur noch eine Minderheit, die vom Kapitalismus profitiert. Das Gros der Gesellschaft bekommt die sozialen Einschnitte zu spüren, den Niedergang des Bildungssystems, dem Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung, wachsenden Druck im Job bei gleichzeitiger Lohnsenkung, die Angst vor Altersarmut. Es sind nicht nur die sogenannten „Prekären“, die mit irgendwelchen Jobs



bei McDonalds oder im Callcenter sich versuchen durchs Leben zu schlagen, sondern es hat inzwischen auch diejenigen erreicht, die sich in ewiger Sicherheit wähnten, wie die Stammbelgschaften der Autokonzerne, selbst die BeamtlInnen und ÄrztInnen. Und wie viele Menschen im diesem reichen Land am sozialen Abgrund befinden würden, konnte sich vor wenigen Jahren kaum jemand vorstellen.

Daraus wuchs die Idee diese Mehrheit anzusprechen und das nicht mit politischen Parolen, sondern mit ihren ökonomischen Problemen. Und es ging auch darum die bestehenden Spaltungen zu überwinden, die nicht nur die DGB-Gewerkschaften pflegen, die sich (fast) nur für Stammbelgschaften zuständig fühlen, sondern auch den Tellerrand der Politszene zu überwinden.

So wurden dann all die Bereiche zusammengetragen in denen sich die Menschen ökonomisch herumschlagen, die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren wurden. Neben den regulären Jobs und der Arbeitslosigkeit, die Schwarzjobs, die Scheinselbstständigkeit, Leiharbeit, Heimarbeit, Drogenbusiness und Prostitution, Drückerkolonnen, die Bundeswehr als Arbeitgeber und was sonst noch zum Alltag der einfachen Leute gehört. Zumindest in diesem Internetforum wurden diese Themen zusammengeführt. Nicht lange nachdem die Ersten ihre Erfahrungsberichte geschrieben hatten und Fragen stellten, gehörten AusbeuterInnen zu den LeserInnen und traten auf den Plan, als sie sich in ihrem Treiben gestört fühlten.

Chefduzen.de bekam es nun mit juristischen Attacken der Gegenseite zu tun. Der Münchner Sklavenhändler Alpha Zeitarbeit erwirkte eine Verfügung, in der es den Forenbetreibern untersagt wurde, unter Androhung eines Zwangsgeldes bzw. einer Haftstrafe von bis zu 6 Monaten, den Bericht eines Firmeninsiders über illegale Machenschaften seines Arbeitgebers weiter zu veröffentlichen. Diese Überreaktion wurde erst in der Netzwelt heftig diskutiert, bis es auch von den bürgerlichen Medien aufgegriffen wurde, die auf diese Weise das Forum erst richtig bekannt machten.

Alle Erwartungen der ChefduzengründnerInnen wurden übertroffen und inzwischen versammeln sich täglich bis zu 2000 Menschen auf diesem virtuellen Treffpunkt um Job, ökonomische Not und Ämterstress zu diskutieren. Mensch kotzt sich nicht nur über seine Erfahrungen aus, es geht in erster Linie um proletarische Selbsthilfe. Es werden nicht nur Tricks und Kniffe ausgetauscht, wie man sich behaupten und wehren kann, das Wissen juristische Hürden zu nehmen wird weitergereicht, man berät sich bei der Betriebsratsgründung oder versucht mit Hilfe dieser Plattform eine/n Unfähige/n abzusetzen und es werden auch Berichte über Streiks und illegale Kampfformen veröffentlicht. Einige wollen nur ihre eigene momentan unerträgliche Situation irgendwie lösen, andere diskutieren Ursachen und politische Konsequenzen. Und da tatsächlich das Spektrum der Beteiligten vom/von der industriellen FacharbeiterIn bis zum/r MitarbeiterIn von Drückerkolonnen alles dabei ist, wird das Forum auch von JournalistInnen und GewerkschafterInnen genutzt. Einige GewerkschaftsaktivistInnen versuchen auf diese Weise an ein Klientel heranzukommen, das von ihrer eigenen Organisation kaum erreicht wird (wie z. B. die LeiharbeiterInnen), andere sind von der Gewerkschaftspolitik so enttäuscht, dass sie es vorziehen sich an der Diskussion dieses quirligen Haufens zu beteiligen.

Es ist an der Zeit den Schritt zu tun vom virtuellen Raum in die wirkliche Welt zu treten und nicht nur neidisch nach Frankreich zu blicken. Jetzt wurde auch in München ein Stammtisch der Ausgebeuteten eingerichtet zum Erfahrungsaustausch und um Nägel mit Köpfen zu machen.

**Jeweils am 1. + 3. Dienstag des Monats trifft mensch sich um 20.00 Uhr in der WELTWIRTSCHAFT im EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80 Rgb. (1 Min. von der U-Bahn-Station Theresienwiese U 4/5, Ausgang Schwanthalerstr.)**

**Straftaten kein Grund ALG II zu verweigern**

Wer in der Vergangenheit Einkommen aus strafbaren Handlungen erzielt hat, kann ohne konkrete Anhaltspunkte nicht darauf verwiesen werden, er sei in der Lage, seinen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten.

Der Fall: Die Frau war in der Vergangenheit mehrfach wegen Eigentumsdelikten straffällig geworden. Ihr Antrag auf Arbeitslosengeld (ALG) II wurde mit der Begründung abgelehnt, sie könne ihren Lebensunterhalt aus dem Einkommen, das sie durch die Straftaten erzielt habe, bestreiten. Das Sozialgericht hatte der Frau zwar im Prinzip Recht gegeben, ihr aber nur einen Teil der Regelleistung zugesprochen, weil es Zweifel an ihrer Vermögenssituation gäbe. Mit ihrem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung hatte sie Erfolg.

Das Landessozialgericht: Es ist zwar richtig, dass bei der Prüfung der finanziellen Bedürftigkeit auch illegal erzieltes Vermögen zu berücksichtigen ist. Dies gilt jedoch nur dann, wenn es konkrete Anhaltspunkte dafür gibt. Eine Kürzung des ALG II als Grundsicherungsleistung kommt nicht in Betracht. Die staatliche Verpflichtung zur Existenzsicherung bedeutet nicht nur, das nackte Überleben zu sichern. Dem Einzelnen soll vielmehr eine wirtschaftliche Grundsicherung zur Verfügung gestellt werden, die es ihm ermöglicht, wie Nichthilfeeempfänger zu leben.

*Hessisches Landessozialgericht, Beschluss vom 7.12. 2005 / L 7 AS 81/05 ER und L 7 AS 102/05 ER*

CHEFDUZEN.DE



weltwirtschaft  
cafe bar restaurant

Schwanthalerstr. 80  
U4/U5 Theresienwiese

# STELLUNGNAHME DER KARAWANE MÜNCHEN ZUM 1. MAI!

**Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten ist ein Zusammenschluss von Zugewanderten und Deutschen, von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen**

In Deutschland gelten nicht die gleichen Rechte für alle Menschen. Flüchtlinge müssen beispielsweise in Sammellagern leben, sind in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, sehen sich tagtäglich Polizeikontrollen ausgesetzt und werden vom Arbeitsmarkt teilweise oder ganz ausgeschlossen. Am Ende ihres strapaziösen Asylverfahrens,

in dem kaum jemand als politischer Asylberechtigter anerkannt wird, steht das Abschiebelager, die gewaltsame Abschiebung oder der unsichere Zustand der Duldung. *Wir wollen ein Bewusstsein für die Situation von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten*



*in der Öffentlichkeit schaffen. Wir treten gemeinsam auf und handeln konkret. Wir wehren uns ganz praktisch gegen die menschenunwürdige Behandlung, wenn wir z.B. gemeinsam demonstrieren, zu Behörden gehen oder versuchen, Abschiebungen zu verhindern.*

## EINGESCHRÄNKTER ARBEITSMARKTZUGANG FÜR FLÜCHTLINGE

Abgelehnte AsylbewerberInnen und solche im laufenden Asylverfahren haben in Deutschland, wenn überhaupt, lediglich einen nachrangigen Arbeitsmarktzugang. Der/die SachbearbeiterIn im Arbeitsamt prüft demnach das jeweilige Stellenangebot eines/r AntragstellerIn, ob es dafür auch „bevorrechtigte ArbeitnehmerInnen“ gibt (alle Arbeitssuchenden, die eine Arbeitserlaubnis besitzen, also alle deutschen Staatsangehörigen, EU-Bürger, wie auch Asylbewerber, die den Vermerk „Beschäftigungsverhältnis erlaubt“ im Pass stehen haben). Erst wenn der/die ArbeitgeberIn oder der/die jeweilige bevorrechtigte Arbeitssuchende eine Anstellung nicht will, dann wird die Arbeitsstelle dem/der „Nicht-Bevorrechtigten“ (alle AsylbewerberInnen, die den Vermerk „Beschäftigungsverhältnis nicht gestattet“ im Ausweis stehen haben) freigegeben. Allerdings ist die Arbeitserlaubnis für den „Nicht-Bevorrechtigten“ ohnehin unter den Druck der Passbeschaffung und des Ausreisewangs gestellt, sowie andererseits das Bleiberecht unter die Bedingung der so genannten selbstständigen Versorgung durch Arbeit. Damit werden MigrantInnen bewusst in prekäre, informelle Arbeitssitu-

ationen gedrängt und gegeneinander ausgespielt. Diese Menschen werden einerseits unter dem Druck des staatlichen Überwachungsregimes und andererseits durch die fehlende Nachfrage des Arbeitsmarktes dazu gezwungen, sich mit den prekärsten Arbeitsbedingungen abzufinden und sich in diesem Spannungsfeld auch noch gegeneinander auszuspielen, um ihrer aufgezwungenen materiellen Situation (40 € Taschengeld im Monat) zu entkommen. Das Bleiberecht wird immer enger an den Nachweis von Arbeit gekoppelt. Somit sind die Arbeitsverbote ein massives Druckmittel um Flüchtlinge dazu zu zwingen, bei ihrer eigenen Abschiebung mitzuhelfen. Dadurch werden immer mehr Flüchtlinge in die Illegalität abgedrängt, was sie zu völlig rechtlosen BilligarbeiterInnen macht. Diese staatlich provozierten Billigarbeitskräfte werden wiederum von den Gewerkschaften als Konkurrenz erlebt, worauf diese bislang v.a. mit Kontrollen und Repression reagiert haben, z.B. die Denunziationshotline der IG BAU. Anstatt illegalisierte ArbeiterInnen mit nachrangigem Arbeitsmarktzugang zu kontrollieren, müssen diese Arbeitnehmer auch endlich als Kollegen

angesehen und sich für ihre Belange eingesetzt werden. Dass ein „Ausländer nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt“ werden darf, wurde vom DGB forciert, um den ständigen Konkurrenzkampf zu stoppen. Dies führt in der Praxis aber zu langwierigen Prüfverfahren, die den Antragstellern die Chance auf die ihnen angebotene Stelle verringern. Bestehende oder angehende Arbeitsverhältnisse werden so durch bürokratische Prüfverfahren zunichte gemacht. *Es ist deshalb nicht einfach die tarifgebundene Entlohnung für diese „anderen“ ArbeitnehmerInnen zu fordern, sondern die Abschaffung jeglicher Vorrangigkeitsprüfverfahren. Der Kampf um bessere Lohnbedingungen muss mit dem Kampf um bessere Aufenthaltsbedingungen verknüpft werden. Denn die Abschottung des Arbeitsmarktes wirkt sich auch kontraproduktiv auf das allgemeine Lohnniveau aus. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die verschärfte Ausbeutung von Flüchtlingen in einem Gesamtsystem zu sehen ist, das darauf abzielt, die lohnabhängige Bevölkerung gegeneinander auszuspielen.*

## DIE PREKÄRE SITUATION DER MIGRANTINNEN

Im individualisierten, kapitalistischen Konkurrenzkampf gibt es eine aufschlussreiche Zuteilung untergeordneter Arbeiten in Bezug auf nationale Herkunft und Aufenthaltsstatus. Die hauptsächlichen Arbeitsbereiche dabei sind Bau und Landwirtschaft, sowie das Gaststätten- und Reinigungsgewebe, Haus- und Altenarbeit. In diesen Bereichen sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit langen Arbeitszeiten, niedrigen bis hin zu gar nicht ausbezahlten Löhnen, unbezahlte Überstunden gerade bei Papierlosen üblich. Im Zeitalter globaler Migration wird schnell

klar, dass sich Rechte und soziale Standards nicht mehr nur auf das Einkommen oder die nationale Herkunft beziehen dürfen. So müssen wir globale, politische Rechte fordern. Denn bislang sind die Chancen auf gute Bildung und Jobs abhängig von Pass und sozialer Herkunft. Die hiesige Migrationspolitik verweist MigrantInnen in die schlechtesten Jobs mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen. Deswegen sind Beschäftigungsverhältnisse, die kaum zum Überleben ausreichen, wie Minijobs, Zeitarbeit oder die Notwendigkeit zur Schwarzarbeit für diese Personengruppe immer mehr die „Normalität“. Die offizielle DGB-Politik gibt darauf bislang keine Antwort. Dabei müssen alle Anstrengungen gemacht werden, gerade die im Niedriglohnbereich Beschäftigten in den Auseinandersetzungen um bessere Arbeitsbedingungen, Löhne und BürgerInnen-Rechte zu organisieren und zu unterstützen. Die DGB-Gewerkschaften müssen mit den prekär Beschäftigten gemeinsame Strategien entwickeln, um gegen unbezahlte Löhne, Diskriminierung und Entlassungen zu kämpfen.

- ✿ **Wir fordern die DGB-Gewerkschaften auf, sowohl die prekären Beschäftigungsverhältnisse von MigrantInnen als auch die Arbeitsverbote der Flüchtlinge in ihrem Kampf um soziale Gerechtigkeit zu integrieren!**
- ✿ **Die ArbeitnehmerInnen dürfen sich durch das kapitalistische System nicht spalten lassen.**
- ✿ **Deshalb verlangen wir die sofortige Aufhebung des Nachrangigkeitsprinzips und den gleichen Arbeitsmarktzugang für alle! Dazu gehört der Kampf der MigrantInnen gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, dazu gehören alle Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen weltweit.**
- ✿ **Die Forderung nach einem Mindestlohn kann der erste Schritt in die richtige Richtung sein.**

### Internationale Demonstration:

Am 3. Mai 2006, 17 Uhr, Marienplatz  
Für ein dauerhaftes Bleiberecht der geduldeten Flüchtlinge!

### Kontakt:

Karawane München, c/o EineWeltHaus,  
Schwanthalerstr. 80, 80336 München  
Homepage: [www.carava.net](http://www.carava.net)  
e-mail: [caravane-munich@zeromail.org](mailto:caravane-munich@zeromail.org)



# Lasst Uns über **REVOLUTION** reden, denn der **KAPITALISMUS** ist das Problem!

**S**chon seit längerer Zeit stecken die Lohnabhängigen und Erwerbslosen in einer Spirale aus Lohnkürzungen, Massenentlassungen und Sozialabbau. Die Kontrolle und Disziplinierung ihres Alltages durch das kapitalistische Kommando wird ständig verfeinert und ausgebaut, um den UnternehmerInnen weiterhin ihre Profitrate zu sichern. Dabei wird die Arbeitskraft der Menschen zu einem immer niedrigeren Lohn prekarisiert (d.h. unsicher gemacht), bei gleichzeitig ständig anwachsenden Anforderungen an ihre Flexibilität, Mobilität und Arbeitszeit. Diese Unsicherheit, vor allem um den Erhalt von Arbeitsplätzen, erreichen die KapitalistInnen dadurch, dass sie Belegschaften und Erwerbslose gegeneinander ausspielen, um ja kein gemeinsames Vorgehen entstehen zu lassen.

Diejenigen, die wenigstens noch Arbeit haben müssen diese unter schlechten Arbeitsbedingungen verrichten, da ihnen immer nur so viel zugestanden wird, wie sie den UnternehmerInnen abringen können. Im Mittelpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsweise stehen nämlich nicht die Interessen der Arbeitenden, sondern Profitmaximierung und Dividenden für die AnteilseignerInnen.

Der Kapitalismus, als das aktuelle Herrschaftssystem hat zu diesem Zweck die gesamte Gesellschaft durchdrungen und ist dabei alle Lebensäußerungen der Menschen seiner Konkurrenz- und Leistungslogik zu unterwerfen. Dabei gelingt es ihm, fast jegliches menschliche Tun in eine Warenform zu pressen, um es rentabel zu verwerten. Dabei ist eine Konsumgesellschaft entstanden, die u.a. über Werbung und Medien die Menschen zum Kaufen und Konsumieren animiert. Selbst für die kulturellen Aktivitäten hat der Kapitalismus eine riesige Kulturindustrie geschaffen, in der er Kultur zur Ware macht und an ihr verdient.

Die Entwicklung des Kapitalismus ist jedoch auch dadurch gekennzeichnet, dass er seine inneren, unaufhebbaren Widersprüche selbst produziert. Die aktuellen Krisen bzw. Krisen-

lösungsversuche bieten dabei für Uns Möglichkeiten, antikapitalistische Politik wieder stärker zu verankern. Es ist verstärkt darauf hinzuweisen, dass die Produktivität und die Gewinne wachsen und trotzdem die Löhne sinken, die Arbeitszeit verlängert und die Arbeitsplätze abgebaut oder verlagert werden. Somit liegt es in der kapitalistischen Logik, dass die Lohnabhängigen durch steigende Produktivität dazu beitragen, sich selbst überflüssig zu machen. Große deutsche Unternehmen – die die Deutsche Bank, die Telekom, Daimler-Chrysler und Volkswagen – geben gleichzeitig Milliardengewinne und die nächste Entlassungswelle bekannt. Da nützt kein Jammern gegen die bösen ManagerInnen, so funktioniert nun mal der Kapitalismus. Die Phase des Wirtschaftswunders, mit Vollbeschäftigung und einem ausgebauten Sozialstaat, war eine Ausnahme und der jetzige Zustand ist die kapitalistische Regel. Die UnternehmerInnen in Deutschland (und den anderen kapitalistischen Metropolen) sind nicht „böse“, sondern folgen konsequent den Entwicklungen des Weltmarkts, mit immer neuen Niedriglohngebieten und kostengünstigeren Produktionsstandorten. Diese Strategie zeigt auch Wirkung. Allein in den 30 grossen deutschen Unternehmen, die im DAX notiert sind, wurden 2005 11 Milliarden € mehr an Dividenden an die AktionärInnen ausgeschüttet als im Jahr zuvor. Damit verdienten die DAX-Unternehmen um 20% mehr als 2004.

Um diese Entwicklungen, also steigende Profitie der Firmen bei gleichzeitigem Lohn- und Stellenabbau, zu stoppen, wird es auf Dauer nicht ausreichen, ständig nur nach scheinbaren Lösungen innerhalb des kapitalistischen Systems zu streben. Unsere Interessen können langfristig nicht im Kompromiss mit der kapitalistischen Herrschaft befriedigt werden.

Freilich ist dies bei den DGB-Gewerkschaften noch nicht angekommen. Diese Gewerkschaftsbürokratie ignoriert beharrlich die Wirklichkeit im Kapitalismus und faselt vom Ausgleich der Interessen ihrer MitgliederInnen mit denen der Bosse. Dabei heben die DGB-FunktionärInnen

großzügig dankbar jeden Brotkrümel auf, den ihnen die UnternehmerInnen großzügig zuwerfen. Sie haben ihren Teil dazu beigetragen, dass viele ihrer Mitglieder das kapitalistische Prinzip verinnerlicht haben und die Mär von der scheinbaren Alternativlosigkeit dieses Systems glauben.

Notwendig ist es stattdessen, dass sich Unser Tun den Anforderungen des Kapitals widersetzt und die Möglichkeiten für eine andere Gesellschaft schon jetzt entwickelt werden. Statt dem Fetisch der deutschen Gewerkschaftsbewegung – der Arbeit – zu huldigen, brauchen Wir die Auflehnung gegen die entfremdete Arbeit, also gegen die Lohnarbeit. Wir haben es satt, dass Betriebsratsangehörige und DGB-BürokratInnen für Uns längere Arbeitszeiten und geringere Löhne gegen eine dubiose Arbeitsplatzgarantie tauschen, die kurz darauf nichts mehr Wert ist. Dabei helfen auch keine sozialdemokratischen Illusionen in den Sozialstaat und noch viel weniger nationalistische Töne wie „AEG ist Deutschland“, denn die kapitalistische Verwertungslogik gilt weltweit. Im übrigen wird von Seiten des DGB fast immer verschwiegen, dass deutsche Firmen im Ausland genauso andere Unternehmen schlucken und anschließend Standorte schliessen und ArbeiterInnen auf die Straße setzen.

Die u.a. von der Gewerkschaftslinken hochgehaltene „Errungenschaft“ einer Einheitsgewerkschaft aller Beschäftigten hat sich als Bremse und Kontrolle über die Belegschaften erwiesen. Es ist keinesfalls ein Zufall, dass sich in Ländern mit verschiedenen Richtungsgewerkschaften eine viel höhere Streikbereitschaft und -tätigkeit entwickelt hat. Gegen die sozialpartnerschaftliche Anbiederung an die KapitalistInnen durch den DGB muss am Konzept des antikapitalistischen Klassenkampfes festgehalten werden. Dazu wird es nötig sein, basisgewerkschaftliche Strukturen auf- und auszubauen. Um eine emanzipatorische Gegenmacht zu etablieren brauchen Wir die Selbstorganisation in allen Bereichen.

Dies bedeutet, keine StellvertreterInnen der eigenen Interessen zulassen, Bürokratismus entschieden abzulehnen und stattdessen mit direkten Aktionen – (wilde) Streiks, Demos, Blockaden, Boykotte – ohne Vermittlungsinstanzen und in wachsendem Zutrauen in die eigene Stärke für Unsere Ziele zu kämpfen. Zudem müssen Wir der kapitalistischen Warenform andere Werte entgegensetzen. Nicht Konkurrenz und Leistungsdruck soll Unser Leben bestimmen, sondern Gemeinschaftssinn durch kollektives Wohnen, Arbeiten und Feiern. Nötig ist dafür die gegenseitige Hilfe, die Solidarität untereinander und gegenüber den noch mehr Benachteiligten in den Ländern des Trikonts. roman, fau münchen



## Basis

Buchhandlung  
Antiquariat

Adalbertstr. 41b-43  
80799 München  
www.basis-buch.de

Psychologie  
Theologie  
Film  
Literatur  
Architektur  
Kunst  
Politik  
Philosophie



# ERICH MÜHSAM DER REVOLUZZER



*Der deutschen Sozialdemokratie gewidmet*

*War einmal ein Revoluzzer,  
Im Zivilstand Lampenputzer;  
Ging im Revoluzzerschritt  
Mit den Revoluzzern mit.*

*Und er schrie: „Ich revoluzze!“  
Und die Revoluzzermütze  
Schob er auf das linke Ohr,  
Kam sich höchst gefährlich vor.*

*Doch die Revoluzzer schritten  
Mitten in der Straßen Mitten,  
Wo er sonst unverdrutzt  
Alle Gaslaternen putzt.*

*Sie vom Boden zu entfernen,  
Rupft man die Gaslaternen  
Aus dem Straßenpflaster aus,  
Zwecks des Barrikadenbaus.*

*Aber unser Revoluzzer schrie:  
„Ich bin der Lampenputzer  
Diesen guten Leuchtelichts.  
Bitte, bitte, tut ihm nichts!“*

*Wenn wir ihn' das Licht ausdrehen,  
Kann kein Bürger nichts mehr sehen,  
Laßt die Lampen stehen, ich bitt!  
Denn sonst spiel ich nicht mehr mit!“*

*Doch die Revoluzzer lachten,  
Und die Gaslaternen krachten,  
Und der Lampenputzer schlich  
Fort and weinte bitterlich.*

*Dann ist er zu Haus geblieben  
Und hat dort ein Buch geschrieben:  
Nämlich wie man revoluzzt  
Und dabei noch Lampen putzt.*

## Mehr Arbeitslosengeld statt staatlicher Subventionen an die Kirchen

In der Sendung Panorama wurde das Kirchenvermögen allein in Deutschland mit über 500 Milliarden Euro taxiert. Allein der Grundbesitz umfasst 4500 Quadratkilometer, also das ganze Saarland und dazu noch Berlin, Hamburg, Bremen und Bremerhafen. Die Kirchen werden nicht allein durch die nur in Deutschland übliche Kirchensteuer finanziert sondern im Wesentlichen durch Subventionen in Höhe von ca. 14 Milliarden Euro jährlich (!) derzeit, die jeder, ob Atheist, Moslem oder Buddhist zahlen muss. So schaut die reale Trennung von Staat und Kirchen aus. Auch in der Sozialen Arbeit der Kirchen wird bei der Finanzierung klar, dass wenn der Staat sowieso 90% der Kosten zahlt und die Kirchen nur die 10% trägt, die Kirchen auch hier überflüssig ist.

Derzeit kostete die Arbeitslosenhilfe ca. 16 Milliarden, es springt einem ins Auge, dass, wenn man die Kirchensubventionen streicht, eine ausreichende Rückfinanzierung zur Kürzung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge problemlos möglich wäre. Hartz IV ist also überflüssig wie ein Kropf.

Um diese Maßnahme nun umsetzen zu können, wäre es wohl erleichternd, dass die Kirchen bei dem Subventionsverfahren, genauso die Hosen runterlassen müssen, wie es die Arbeitslosen derzeit beim Arbeitslosengeld II, und die Sozialhilfeabhängigen bei der Sozialhilfe schon immer. Der Staat verlangt keine Offenlegung der Konten, Aktien und Immobilien, und das Abstoßen dieses Riesenvermögens, bevor diese vom Staat Unterstützung beanspruchen können. Und Wir fordern: bis die Kirchen ihr Vermögen von 500 Milliarden Euro nicht aufgebraucht haben, bekommen sie keinen einzigen Cent mehr.

Und um das ganze Scheidungsverfahren von Staat und Kirchen abzurunden, fordern Wir, dass der Staat keine Kirchensteuern mehr eintreibt, wie es in allen andern Ländern üblich ist, sogar im stockkatholische Italien und Irland. Denn allein durch diesen Eintreibungsaufwand des Staates sparen sich die Kirchen schon die erste Milliarde Euro ein.

### RUFFINI

Café · Konditorei · Weinhaus

Rote Weine und Kultur

Dienstag bis Sonntag 10 bis 24 Uhr · Orffstr. 22-24  
U1 Rotkreuzplatz · Tel. 089/161160 · www.ruffini.de

### WERKSTATTKINO

Fraunhoferstr. 9 80469 München Tel/Fax 089/2607250

1 zum Hauptfilm  
2 3



# Religion ist Heroin für's Volk

Herrschaft hat ihren Ursprung im absolutistischen Gedanken. Der absolutistische Gedanke wurde in der Bibel so formuliert: „Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort“ (Joh. 1, 1). Aus dem absolutistischen Gott entstand der absolutistische Staat. Jede Herrschaft ist und bleibt absolutistisch, auch in der sogenannten Demokratie und vor allem im Kapitalismus. Die Lohnarbeit ist in diesem das Absolutistische schlechthin, selbst wenn die Arbeit sich durch die moderne Produktionstechnik verflüchtigt, wird die Lohnabhängigkeit mit Zwang durchgesetzt. Die Wurzel dieses Übels ist und bleibt die Religion im „Denken“ der Menschen: „So jemand nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen“ (2.Thess. 3, 10). Deshalb wollen wir uns dieses Themas einmal genauer annehmen. Zunächst wollen wir unseren Altgenossen Michail Bakunin (1814-1876) zu Worte kommen lassen (aus: M. Bakunin, Die revolutionäre Frage/Unrast-Verlag):

„Alle Religionen mit ihren Göttern sind nie etwas anderes gewesen als ein Phantasieprodukt der gläubigen Einfalt des Menschen, der sich noch nicht auf der Höhe der reinen Reflexion und des durch Wissenschaft angeleiteten freien Denkens befand. Und der Religionshimmel ist nur eine Luftspiegelung gewesen, in der der Mensch, in seinem Glaubensüberschwang, lange Zeit sein Ebenbild wiedererkannt hat, jedoch vergrößert und auf dem Kopf stehend, das heißt vergöttlicht. Die Geschichte der Religionen, also der Größe und des Verfalls der aufeinander folgenden Götter, ist also nichts als die Geschichte der Entwicklung der Intelligenz und des Kollektivbewusstseins der Menschen. Immer wenn sie, sei es in ihrem Innern, sei es in der äußeren Welt, irgendeine Kraft, eine besondere Fähigkeit oder Eigenschaft entdeckten, schrieben sie sie ihren Göttern zu, nachdem sie sie in einem Akt religiöser Schwärmerei ins Maßlose vergrößert hatten, wie das bei Kindern üblich ist. Dank dieser Genügsamkeit und Großzügigkeit der Menschen konnte sich der Himmel an den Erträgen der Erde gütlich tun, und die natürliche Folge war, dass je reicher der Himmel sich

darstellte, die Menschheit um so mehr verarmte. War die Gottheit erst einmal eingesetzt, wurde sie von selbst zur Herrscherin, Quelle, Spenderin aller Dinge: Die reale Welt war nichts mehr, außer durch sie, und der Mensch, der vergaß, dass er sie erschaffen hatte, kniete vor ihr nieder und erklärte sich zu ihrem Geschöpf, ihrem Sklaven.

Das Christentum ist gerade deshalb die Religion par excellence, weil es die Natur und das Wesen jeder Religion offenbart und ausdrückt, nämlich: die systematische und absolute Verarmung, Demütigung und Knechtung der Menschheit zugunsten der Gottheit – das oberste Prinzip jeder Religion, aber auch jeder, sei es theistischen oder gar pantheistischen Metaphysik. Da Gott alles ist, sind die wirkliche Welt und der Mensch nichts. Da Gott die Wahrheit, die Gerechtigkeit und das ewige Leben ist, ist der Mensch die Lüge, die Ungerechtigkeit und der Tod. Da Gott der Herr ist, ist der Mensch der Sklave. Unfähig, von allein den Weg der Gerechtigkeit und der Wahrheit zu finden, muss er sie als Offenbarung von oben empfangen, durch Vermittlung von Abgesandten oder Auserwählten der göttlichen Gnade. Wer von Offenbarung spricht, sagt Offenbarer, sagt Propheten, Priester. Und sind sie einmal als Vertreter der Gottheit auf Erden anerkannt, als Lehrmeister und Vorbereiter der Menschheit auf das ewige Leben, fällt ihnen schon von daher die Aufgabe zu, auch hier, im Diesseits, die Menschen zu führen, zu regieren und zu befehlen. Alle Menschen schulden ihnen absoluten Glauben und Gehorsam. Als Sklaven Gottes, müssen sie auch die der Kirche sein, und des Staates, insofern dieser den Segen der Kirche hat. Von allen vergangenen oder noch bestehenden Religionen, hat das Christentum dies als einzige vollkommen verstanden und – unter allen christlichen Sekten – der römische Katholizismus dies als einziger mit strenger Konsequenz verkündet und verwirklicht. Deshalb ist das Christentum die absolute, die letzte Religion,

und deshalb ist die römisch-katholische Kirche die Konsequente, rechtmäßige und göttliche.

Ob es nun all den Pseudo-Philosophen, all den sogenannten Religionsdenkern gefällt oder nicht: Die Existenz Gottes setzt

die Abdankung der menschlichen Vernunft und Gerechtigkeit voraus, sie ist die Verleugnung der menschlichen Freiheit und führt zwangsläufig zu einer nicht bloß theoretischen, sondern praktischen Sklaverei. Wenn wir keine Sklaverei wollen, dann können und dürfen wir der Theologie nicht das geringste Zugeständnis machen, denn wer in diesem mystischen, aber streng systematisierten Alphabet mit A beginnt, wird unweigerlich bis Z durchbuchstabieren müssen, und wer Gott anbeten will, muss auf seine Freiheit und Menschwürde verzichten: Wenn Gott existiert, ist der Mensch ein Sklave. Ist der Mensch dagegen intelligent, gerecht, frei – existiert Gott nicht.

Wir wetten, dass Keiner, egal wer, in der Lage ist, diesem Dilemma zu entgehen, hier gilt es also sich zu entscheiden.“

Oberflächlich betrachtet mag es so scheinen, als hätte sich das Christentum gewandelt, aber schon ein Blick auf die Diskussion mit den sogenannten KreationistInnen, welche die Evolutionstheorie zerschlagen wollen, offenbart die Unbarmherzigkeit ihrer absolutistischen Ideenwelt. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, wie sehr der Papst mit all seinen Pfaffen und Nonnen, die Mullahs um ihre Macht beneiden und ihre Finger begierig nach dieser ausstrecken, um diese Machtfülle wieder in ihren Händen halten zu können.

Ob es nun all den Pseudo-SozialistInnen, all den sogenannten ReformdenkerInnen gefällt oder nicht: Die Existenz des kapitalistischen Systems setzt die Abdankung der menschlichen Vernunft und Gerechtigkeit voraus, es ist die Verleugnung der menschlichen Freiheit und führt zwangsläufig zu einer nicht bloß theoretischen, sondern praktischen Lohnsklaverei. Wenn wir keine Lohnsklaverei wollen, dann können und dürfen wir dem Kapitalismus nicht das geringste Zugeständnis machen, denn wer in diesem streng systematisierten Alphabet mit A wie Arbeitslosigkeit beginnt, wird unweigerlich bis Z wie Zwangsarbeit durchbuchstabieren müssen, und wer das Geld anbeten will, muss auf seine/ihre Freiheit und Menschwürde verzichten: Denn wenn der Staat existiert, ist der Mensch ein Sklave. Ist der Mensch dagegen intelligent, gerecht, frei – existiert der Staat nicht mehr. Der Kapitalismus wird dem Staatssozialismus auf den Misthaufen der Geschichte folgen. Da brauchen wir gar nicht mehr wetten, denn das ist so sicher, wie das allerletzte Amen in der Kirche.

– Kein Gott – Kein Staat –  
– Kein Herr – Kein Sklave –

FA. MARTIN SCHÖNBERGER  
GARTENGESTALTUNG

**NATURSTEINE**  
Immer ein gutes Argument!

DORFSTR. 20  
85551 KIRCHHEIM  
TEL. 089/2010805

MARTIN.SCHOENBERGER@GMX.NET

Fortsetzung von Seite 2

lässt dies in dem Satz gipfeln: „Siemens als der beste Arbeitgeber im jeweiligen Land.“ Da kommt eben der Standorthochmut vor dem Fall, denn: Wer sich die besten AusbeuterInnen im jeweiligen Staat wünscht, wird diese auch bekommen. Mit solchen Illusionen können Unser Produktionsmittel noch nicht einmal „verteidigt“ werden, geschweige denn angeeignet, damit sie endlich in die Hände gelangen, die sie seit Generationen entwickelt und hergestellt haben: Die ArbeiterInnenklasse. Unsere Köpfe und Hände haben den gesamten Reichtum geschaffen, und nur Unsere Köpfe und Hände können diesen auch gerecht an alle Menschen verteilen. Der Kampf um Unsere

Produktionsmittel wird nur mit einem Erfolg der ArbeiterInnenklasse entschieden sein. Nur durch eine weltweite soziale Revolution kann eine herrschaftsfreie Gesellschaft entstehen. Mit den Mitteln einer radikalen & sozialen Arbeitszeitverkürzung & eines Freien Konsum kann für eine gerechte Verteilung von notwendiger Arbeit und hochwertigen Konsumartikel Sorge getragen werden. (www.5-stunden-woche.de). Denn es gibt keine Grund für das Einkommen in einer freien Gesellschaft. Jede Einkommensform ist nur dann notwendig, wenn es eine ausbeutende Klasse gibt. In einer klassenlosen Gesellschaft gibt es keine Einkommensabhängigkeit mehr. Jede/r nach seinen/ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen. tebe  
★ ALLES FÜR ALLE UND ZWAR UMSONST ★★ ★

**Wählt LISTE 0  
Ungültig!!!**



**Nichtwähler/in werde  
endlich Ungültigwähler/in**

[www.liste-null.de](http://www.liste-null.de)

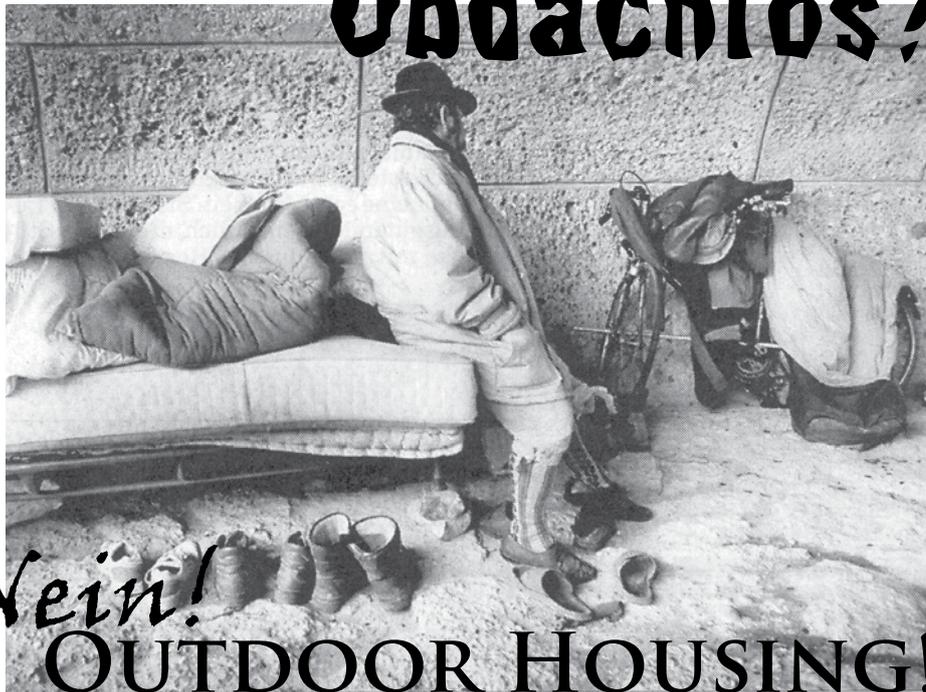
*Vorträge, Konzerte, Filme ...  
Jeden letzten Sonntag  
im Kafe Marat  
Thalkirchner Str. 104  
Aktuelle Infos unter  
[www.faum.de](http://www.faum.de)*



**5. LIBERTÄRES CAMP**  
in Geretsried (bei München)  
**20.–23. JULI 2006**

Hier treffen sich wieder Alle, die Interesse an allem haben, was mit Leben & Anarchie zu tun hat.  
Infos unter [www.anarchie.de](http://www.anarchie.de)

# Obdachlos?



**Nein!  
OUTDOOR HOUSING!**

**Nur wer Geld hat,  
bekommt Recht**

Ärger mit dem Arbeitslosengeld, mit Krankenkasse oder Rentenversicherung? Versicherte, die deshalb vor das Sozialgericht ziehen, sollen dafür künftig zahlen. Der Bundesrat hat am 10. Februar einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes beschlossen (Drucksache 45/06). Die Bundesregierung muss ihn bis Ende März dem Bundestag vorlegen. Wer Recht bekommen will, soll erst einmal Geld auf den Tisch legen: eine so genannte allgemeine Verfahrensgebühr. Sie beträgt vor den Sozialgerichten 75 Euro, vor den Landessozialgerichten 150 Euro und vor dem Bundessozialgericht 225 Euro. Die Kostenfreiheit in der Sozialgerichtsbarkeit wird aufgehoben, der Rechtsstaat erhebt Eintrittsgeld. Wer vor Gericht obsiegt, erhält es zurück. Die Justizminister der Länder wollen auf diese Weise die Prozessflut eindämmen.



**SPONTON**  
Meisterbetrieb in Selbstverwaltung

Reparatur und Verkauf von  
Haushaltsgeräten  
Elektro- und  
Wasserinstallationen  
Kundendienst

Maistraße 55 Rückgb. • 80337 München  
Tel. 53 34 59 • Fax 53 63 56



„Wir wollen, dass es Ihnen gut geht“

Beratung, Kurse, Vorträge, Tagungen zu Gesundheitsfragen für Frauen und Mädchen.

**FrauenGesundheitsZentrum**  
Nymphenburger Str. 38/Rgb.  
80335 München  
Telefon: 129 11 95, Fax: 129 84 18  
Home: [www.fgz-muc.de](http://www.fgz-muc.de)  
E-Mail: [fgz@fgz-muc.de](mailto:fgz@fgz-muc.de)



# STELL DIR VOR SIE WOLLEN DEN STREIK BRECHEN ... ... und Niemand macht mit

Die folgenden Ergüsse sind Dirk Niebels Beitrag zu den durchaus erfolgreichen Blockaden gegen StreikbrecherInnen im derzeitigen Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst: „[es] macht schon die Tatsache, dass arbeitswillige Bürger einfach als „Streikbrecher“ abqualifiziert werden, nachdenklich. Sie aber auch noch an ihrer Arbeit zu hindern, ist nichts anderes als ein Angriff auf die Vertragsfreiheit und eine Freiheitseinschränkung von ganz erheblicher Wirkung. [...] Damit können sie die Bürger, zu deren angeblichem Wohl diese Monopole erhalten werden, als Geiseln nehmen, indem sie beispielsweise öffentliches Eigentum blockieren.“

## Nebel labert Stuss

Dirk Niebel ist Generalsekretär der neoliberalen privatisierungsoffensive „FDP“. Es sollte zwar eher nachdenklich machen, ob die widrigen Arbeitsbedingungen für Menschen im Öffentlichen Dienst und anderswo nicht einen souveränen Streik bis zum erfolgreichen Ende erst heraufbeschwören, aber Freiheiten (von denen die FDP in grenzenlosen Maßen fabuliert) sind im neoliberalen Schlaraffenland nur den ArbeiterInnen vorenthalten. Stattdessen zieht es Niebels vor, die kämpfenden ArbeiterInnen als GeiselnnehmerInnen zu bezeichnen, da sie „öffentliches Eigentum blockieren“. Blockieren vor denjenigen, die den ArbeiterInnen ihr einziges Druckmittel gegen die ArbeitgeberInnen nehmen. Blockieren ausgerechnet vor denen, die selber eigentlich unter den Verhältnissen leiden. Blockieren vor denen, die eigentlich als ArbeiterInnen selber bei den Streikenden stehen sollten.

## StreikbrecherInnen als Lieblinge der Chefinnen

Es sollen einmal Möglichkeiten aufgezeigt werden Streikbruch zu verhindern und/oder aktiv dagegen vorzugehen. Zunächst ist es prinzipiell zulässig als StreikbrecherIn in einem bestreikten Betrieb zu arbeiten. Es muss den „arbeitswilligen“ also prinzipiell möglich sein, dass Betriebsgelände zu betreten. Zur Beeinflussung der StreikbrecherInnen sind allerdings nur sog. Streikgassen erlaubt. Dies sind vor dem Eingang des Betriebes gebildete Gassen, die Druck auf die StreikbrecherInnen ausüben sollen. Wie effektiv derartige Maßnahmen sind, kann sich jede/r denken. Denn StreikbrecherInnen sind in der Regel nicht gleich einem Notdienst, der z. B. die Wartung von Hochöfen, die sich nicht ohne weiteres abschalten lassen, in der Metallindustrie übernimmt. Die Gewerkschaft ist sogar verpflichtet diesen Not-

dienst zu gewährleisten. Der/die StreikbrecherIn übernimmt allerdings nicht nur ein derartiges notwendiges Minimum an Arbeit, sondern er/sie sorgt mit seiner/ihrer Arbeit dafür, dass der bestreikte Betrieb weiter produzieren kann. Dies unterläuft den Sinn eines Streiks natürlich vollkommen. Der Streik stellt das so ziemlich einzige legale Druckmittel gegen die ArbeitgeberInnen dar, indem der Betrieb Produktionsausfälle und somit Umsatzeinbußen hat. Egal aus welchen Gründen auch immer jemand Streikbruch begeht (aus Sympathie zum/r ArbeitgeberIn (soll's tatsächlich geben), wegen der eigenen prekären Finanzlage etc. ... Das Unterlaufen des einzigen Druckmittels stellt ein grundlegendes Problem eines jeden Arbeitskampfes dar.

## LeiharbeiterInnen und ihre Rechte

Die ArbeitgeberInnen können allerdings meist mit StreikbrecherInnen innerhalb des Betriebes die Produktion nicht oder nicht komplett aufrechterhalten. Daher beziehen Betriebe ihre StreikbrecherInnen meist von Zeitarbeitsfirmen. Und genau hier liegt ein erster Ansatzpunkt für Streikende: Es muss massive Aufklärungsarbeit erfolgen, d. h. es muss nicht nur mit den eigenen KollegInnen, die nicht mit streiken, geredet werden, sondern es muss auch direkt bei den Zeitarbeitsfirmen auf die Leute zugegangen werden. Ein/e ZeitarbeiterIn muss nämlich einen Job nicht annehmen, wenn der Betrieb in dem er/sie eingesetzt werden soll gerade bestreikt wird (§ 11 Absatz 5 des AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz)). Dem/r LeiharbeiterIn darf daraus noch nicht mal ein Nachteil entstehen. Sein/ihr Lohn muss fortgezahlt werden oder es muss für eine EntleiherIn in einen anderen Betrieb gesorgt werden. Flugblattaktionen und Diskussionen vor Zeitarbeitsfirmen zur Aufklärung der ZeitarbeiterInnen über den Streik und über das Verweigerungsrecht haben schon so manches mal Erfolge gezeitigt. Gleiches gilt übrigens nicht nur für ZeitarbeiterInnen, sondern auch für Beamte/Beamtinnen, ABM-Kräfte so wie für 1-Euro-JobberInnen. Für den Einsatz von 1-Euro-JobberInnen schreibt Paragraph 16 Absatz 3 SGB II in Verbindung mit Paragraph 261 SGB III sehr strenge Maßstäbe vor. StreikbrecherInnenarbeit gehört definitiv nicht dazu.

Kein/e 1-Euro-JobberIn muss eine Umsetzung auf einen bestreikten Arbeitsplatz akzeptieren. Auch die Drohung mit Sanktionen ist unzulässig!

## Die gewaltfreie Blockade

Wie sieht es aus, wenn Horden von PolizistInnen sogar mit Drohung der Schusswaffen gewaltsam StreikbrecherInnen in Betriebe einschleusen, wie zuletzt bei Infineon geschehen? Hier erkennen ArbeiterInnen erst ihre scheinbare Machtlosigkeit gegen die Willkür der Bosse, der sie ausgesetzt sind. Blockaden als gewaltfreie Widerstandsform sind natürlich verboten, da den StreikbrecherInnen der Zugang zum Betrieb möglich sein muss. Ob die Streikenden dann allerdings trotzdem den StreikbrecherInnen ganz zufällig im Weg stehen, wenn sie auf das Betriebsgelände wollen oder gerade dann auf der Straße rumspazieren, wenn zufällig ein Wagen/LKW etc. des bestreikten Betriebs losfahren will, sollten die Streikenden unter sich selbst ausmachen. Hierzu sollte mensch wissen, dass unter bestimmten Umständen derartige Aktionen einen Streik rechtswidrig machen können. Dies ist in der Regel nicht der Fall, wenn in einem rechtmäßigen Arbeitskampf einzelne Verhaltensweisen rechtswidrig sind. In der Juristensprache nennt sich das dann „Streikexzess“. Doch wenn derartige „Streikexzesse“ den Streik nach außen hin prägen, so wäre es durchaus möglich den kompletten Streik als rechtswidrig zu erklären.

## Was bleibt also?

Das Recht und Gerechtigkeit weit auseinander liegen ist hinlänglich bekannt. Das Gesetz bietet den Streikenden wenig Freiräume ihr Druckmittel zu erhalten. Dies ist ein großes Problem, dem Wir nur durch kreative Aktionen, Gespräche und Aufklärungsarbeit entgegen können, ohne den gesetzlichen Rahmen zu verlassen. In diesem Sinne: Seid kreativ gegen StreikbrecherInnen! *lila, fau münchen*

# RUFFINI

Café · Konditorei · Weinhaus

Rote Weine und Kultur

Dienstag bis Sonntag 10 bis 24 Uhr · Orffstr. 22-24  
U1 Rotkreuzplatz · Tel. 089/161160 · www.ruffini.de

# Instruktion zur Bildung von

Im Zusammenhang mit der Veranstaltung der Freien ArbeiterInnen Union (OG München) und den AnarchistInnenRätekommunistInnen München (AnarKomM) am 26. Februar 2006 mit Günther Gerstenberg - „100 Jahre Schwarze Fahnen über München“ -, wird diese Instruktion von Uns wiederveröffentlicht, um den damaligen rätekommunistischen Ansatz von Betriebsräten - die den Namen auch zu Recht tragen, im Gegensatz zu den heutigen Organen des Kapitals - authentisch & kompakt in seiner Komplexität darstellen zu können. Laut Archiv der Münchner Arbeiterbewegung handelt es sich um ein Papier der revolutionären RäterepublikanerInnen Münchens vom Anfang des Jahres 1919.

1. Der Betriebsrat des Werkes, der Fabrik, der Werkstatt ist die revolutionäre Klassenorganisation der Proletarier gegenüber dem Unternehmer, dem Aufsichtsrat, der Gewerkschaft und allen anderen untergeordneten Organen des Kapitals.
2. Bis zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel, durch eine proletarische Republik, ist der Betriebsrat das beratende und vollziehende Organ in allen Werk- und Betriebsangelegenheiten, und Kontrollorgan der Proletarier über die kapitalistische Geschäftsführung.
3. Seine Aufgabe ist die Verteidigung aller revolutionären Positionen des Proletariats und die Erkämpfung neuer, welche den endgültigen Sieg des Proletariats über das ausbeutende Kapital, seinen gegenrevolutionären Regierungs-(Unterstützung)-Apparat, sei er nun in den Händen der ausbeutenden Bourgeoisie selbst oder seiner scheinsozialistischen Lakaien, beschleunigen und schließlich besiegeln können. Diese Aufgaben sind politischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur.
4. Das Proletariat kann seine Macht nicht mit dem imperialistischen Kapital und sei-

- nen untergeordneten und parasitären Organen teilen, sowenig wie das Kapital unter der gesetzlichen Diktatur der Bourgeoisie seine Macht mit dem Proletariat teilt. Wenn sich die Angestellten nicht als Beauftragte und untergeordnete Organe des Kapitals fühlen und sich nicht als parasitäre Berufsklasse zwischen die beiden um die Existenz und die Macht kämpfenden Klassen eindrängen, werden sie immer wieder solidarisch als Ausgebeutete mit der Klasse der ausgebeuteten Proletarier marschieren und kämpfen, und brauchen deshalb keine eigene Klassenvertretung. Als feindliche parasitäre Klasse haben sie aber keinen Anspruch auf eine Vertretung in der revolutionären Klassenorganisation des Proletariats, weil sie den Vormarsch der Revolution nur lähmen und verraten würden.
5. Der Betriebsrat wird von allen arbeitenden Proletariern mit Einschluss der Lehrlinge und Lehrmädchen im Werke, im Betriebe selbst gewählt und es ist unzulässig die Wahl außerhalb des Betriebes vorzunehmen.
6. In großen Betrieben und Werken wählt jede Werkstatt mit Einschluss des Schreib- und Büropersonals einen Delegierten.
7. Zählen die zentralen Verwaltungskontore 100 und mehr Angestellte, dann wählen sie einen eigenen Delegierten.
8. Werkstätten, Kontore und Bureaux unter 100 Arbeitern und Angestellten, werden mit der nächstverwandten Werksatt oder der nächstverwandten Gruppe zusammengelegt, z.B. die Schmiede mit der Schlosserei.
9. Mittlere Betriebe, wo die Werkstätten und Kontore unter 100 Arbeiter und Angestellte zählen, wählen die Delegierten kollektiv, sodass auf je 100 Ausgebeutete ein Delegierter entsendet wird.
10. Betriebe mit 50 bis 100 Ausgebeuteten wählen einen Betriebsrat.
11. Betriebe mit weniger als 50 Ausgebeuteten wählen nach Branchen zusammengelegt.

Jeder Betrieb oder jede Werkstatt wählt einen Vertrauensmann und die Vertrauensleute wählen einen Betriebsrat auf je 100 Ausgebeutete. Dabei sind die Betriebe nach Straßen und Vierteln zusammenzulegen.

12. Selbständige Handwerker, welche keinen Proletarier, auch nicht in der Heimarbeit ausbeuten (Familienmitglieder), wählen mit und zwar, weil sie sich nicht selbst als Vertrauensleute wählen können, durch Organisationen nach Straßen und Vierteln. Auf je 100 von ihnen sollen sie einen Betriebsrat wählen.
13. Der Delegierte zum Betriebsrat, der Betriebsrat oder der Vertrauensmann darf kein untergeordnetes Vertrauensorgan des Kapitals (Meister, Vorarbeiter) sein und auch in keinem abhängigen Lehrverhältnis zu anderen Ausgebeuteten stehen, ebenso wenig darf er selbständiger Meister oder Ausbeuter sein.
14. Das Mandat der Delegierten, Betriebsräte und Vertrauensleute dauert nur so lange bis sie von ihren Auftraggebern abberufen werden.
15. Der Betriebsrat und die Vertrauensmänner sind für ihre gesamte Tätigkeit ihren Auftraggebern, den Proletariern verantwortlich. Sie haben ihnen regelmäßige Berichte über Tätigkeit und Verhandlungen in Versammlungen zu erstatten. Sie haben ihnen ihre Beschlüsse zur Annahme vorzulegen und bei allen Aktionen haben sie ihre Auftraggeber zu befragen, welche endgültig über Annahme oder Verwerfung entscheiden.
16. Zur Durchführung aller Massenaktionen treten die Betriebsräte und Vertrauensleute in gegenseitige Verbindung, um durch die Solidarität aller Proletarier die höchste proletarische Energie zu erreichen. Durch regelmäßige Konferenzen haben sie immer den Kontakt mit allen Proletariern zu erhalten.
17. Bei allen Werkstattangelegenheiten ist der Delegierte seinen Auftraggebern ebenso verantwortlich, wie der Betriebsrat der Belegschaft verantwortlich ist.
18. Die Tätigkeit des Betriebsrates in größeren Werken, wo er aus mehreren Delegierten besteht, ist kollegial und einheitlich, weil auch das Werk eine einzige arbeitende Einheit ist. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst.
19. Das Werk hat dem Betriebsrat zur Ausübung seiner Funktionen ein Büro mit allen Zubehör, eventuell notwendigen Kräften zur Verfügung zu stellen.
20. Der Betriebsrat kontrolliert die gesamte Geschäftsleitung des Werkes und die Organe und Angestellten des Kapitals strenge Rechenschaft schuldig durch Vorlegung der Bücher und Belege.
21. Der Betriebsrat kann auch in den Produktionsprozess eingreifen, wenn er sieht, dass mit den vorhandenen Mitteln unökonomisch gehandelt wird, durch Preisschleuderei, Bestechung, unwirtschaftlichen Einkauf nach kapitalistischen Konnexionen, besonders aber, wenn durch die Produktion und Lieferung von Unterdrückungsmitteln das Proletariat selbst bedroht wird, oder bei direkter und indirekter Sabotage des Kapitals.
22. Der Betriebsrat greift auch überall in die Produktion ein, wenn die menschliche Gesundheit durch verfälschte Lebensmittel usw. bedroht wird.
23. Zur Sicherung der Produktion, der Löhne und Gehälter usw. kann der Betriebsrat auch Bankguthaben sperren,



Die Schutzwache vor dem Arbeiter- und Soldatenrat im Landtagsgebäude in der Prannerstraße im November 1918, Foto: H. Hoffmann



# revolutionären Betriebsräten ...

**24.** Zur Sicherheit des Betriebes und der Ausgebeuteten kann der Betriebsrat den Organen des Kapitals den Eintritt in den Betrieb verweigern.

**25.** Dafür ist der Betriebsrat für den geregelten Gang der Produktion den Proletariern verantwortlich.

**26.** Entlassung und Einstellung von Arbeitern und Angestellten und sonstigen Untergeordneten des Kapitals (Werkmeister, Vorarbeiter) erfolgt durch den Betriebsrat.

**27.** Festsetzung der Löhne und Gehälter und die Kontrolle über deren ordnungsgemäße Zahlung erfolgt durch den Betriebsrat. Abzüge dürfen ohne seine Zustimmung nicht erfolgen.

**28.** Die Festsetzung der notwendigen Arbeitszeit, sowie ihre Verteilung, der Überstunden, der Arbeitsschichten, einzulegende Feierschichten erfolgt durch den Betriebsrat.

**29.** Der Betriebsrat bestimmt über Beibehaltung oder Unterdrückung der Accorarbeit oder Prämiensysteme und setzt die Höhe der Accorde oder Prämien fest.

**30.** Der Betriebsrat bestimmt über die Zahlung von Tantiemen und setzt deren Höhe fest, wann deren Gewährung im Interesse der Produktion nötig ist.

**31.** Die Dividenden, Bonus, Ausgabe von Gratifikationen dürfen nur im Einverständnis mit dem Betriebsrat festgesetzt und ausgeben werden.

**32.** Bei Ausgabe von Aktien, Obligationen usw. darf das Agien [Aufgeld] nur mit dem Einverständnis des Betriebsrates verwendet werden.

**33.** Die Verteilung der Lebensmittel, Marken und Bedarfsartikel wird vom Betriebsrat vorgenommen. Alte Vorräte und Vorratslager, sowie der Ein- und Verkauf unterstehen ihm.

**34.** Dem Betriebsrat unterliegt die Führung der Kantinen und Speiseanstalten oder bei Verpachtung deren Kontrolle.

**35.** Alle Unterstützungs- und Betriebskassen werden vom Betriebsrat geführt und verwaltet, ebenso alle Wohlfahrts- und Pensionsfonds.

**36.** Die Kontrolle über die Durchführung der Gesetze und Verordnungen über Hygiene und sonstige sozialen Maßnahmen ist Sache des Betriebsrates.

**37.** Der Betriebsrat bestimmt die Zahl der Lehrlinge und Lehrmädchen, überwacht ihre Ausbildung und ihren gesetzlichen Schutz.

**38.** Der Betriebsrat sorgt für den Rechtsschutz der Arbeiter und Angestellten gegen das Kapital und seinen politischen Machtinstrumenten, Staat und Stadt.

**39.** Umstellungen des Betriebes auf andere Produktionsgebiete dürfen nur im Einverständnis des Betriebsrates vorgenommen werden.

**40.** Alle motivierten Beschwerden der Arbeiter und Angestellten, sowie der Unternehmer

und ihrer Organe gegen die ersteren, prüft und untersucht der Betriebsrat und sorgt für ihre Abstellung.

**41.** Alle Verhandlungen mit den Vertretern des Kapitals und Behörden und seinen untergeordneten Organen führt der Betriebsrat im Interesse seiner Auftraggeber, der Proletarier.

**42.** Bei allen Verhandlungen zwischen Kapital und Behörden müssen Vertreter des Betriebsrates zugezogen werden und die Verhandlungsergebnisse sind dem Betriebsrat zur Genehmigung vorzulegen.

**43.** Der Betriebsrat kontrolliert die Einhaltung aller Arbeits- und Produktionsbedingungen auf Seite der Arbeiter und Angestellten.

**44.** Bei allen wichtigen Veränderungen im Betrieb, ob sie die Produktion, die Löhne,

über diesen. Wenn alle diese Punkte erfüllt werden, ist das Kapital überflüssig geworden, was diese Schrift wohl auch implizieren soll. Dies ist auch eine Perspektive für Uns, dass eine friedfertige Transformation zumindest möglich wäre, denn Wir als Arbeiter/Innenklasse haben keinerlei Interesse an der Zerstörung Unserer Produktionsmittel! Nur im Interesse des Kapitals geschieht dies im Krieg, und im Frieden werden Arbeitsplätze vernichtet, z.B. durch Automation (zu vollen Lasten der ArbeiterInnenklasse im Bezug zur Lebensarbeitszeit) und durch Verlagerung in Dumpinglohn-zonen ins sogenannten Ausland. Die ArbeiterInnenklasse kann nur antinational die Produktionsverhältnisse global aus dem eisernen Griff des Kapitalismus befreien, welcher Uns global über die Nationalismen im Griff hat.

Unser Standort heißt nicht Deutschland, sondern ist die Welt !

Wir möchten an dieser Stelle hinterfragen, ob tat-

sächlich - bei diesem Umfang von Zuständigkeiten des Betriebsrats - den Delegierten (1 pro 100 ArbeiterInnen), so viele Dinge aufzubürden sind, und nicht ein Verhältnis von einem/r Delegiertem/r pro 25 ArbeiterInnen realistischer sein müsste. Ansonsten erklären sich die Mehrzahl der Punkte von selber, zwei Punkte sollen noch kurz erläutert werden: unter Punkt 33.): Die Verteilung von Lebensmitteln etc. und der erwähnten Marken erklärt sich natürlich historisch durch die wirtschaftliche Situation nach dem 1. Weltkrieg. Es gab Notgeld (-,05/-,10/-,25 Pfennig-Scheine) in/aus den entlegensten Ortschaften und eben Lebensmittelkarten. Es zeigt den Genossenschaftsgedanken der damaligen Zeit auf, - welcher unter späterer DGB-Regentschaft in „Co-op“ und „Neue Heimat“ verendete. Der ökonomische Arbeitskreislauf sollte durchaus auch gleichzeitig den gegenläufigen Konsumkreislauf organisieren, schon aus ökonomischer, unnötige Arbeit vermeidender Position heraus. So wie Wir Arbeiter/Innen Unsere Produktions- und Arbeitsbedingungen selbstbestimmt organisieren wollen, wollen Wir auch Unsere Lebensmittel und Konsumartikel selber bestimmen, wie gut Unsere Nahrung produziert werden soll, sollen nicht länger Lebensmittelchemiefirmen und Gentechnikkonzerne definieren (wie in Punkt 22.)), und die Langlebigkeit Unserer Konsumartikel wollen Wir nicht durch die Maschinenlaufzeiten und der Notwendigkeit, dass das Geld des Kapitals arbeiten muss, bestimmt sehen. Umweltschutz durch weniger Ressourcen- und Energieverbrauch und entschieden weniger Lebensarbeitszeit, sind zwei entscheidende positive Nebeneffekte, einer nicht nur ökologischen, sondern vor allem ökonomischen Wirtschaftsweise.

**www.5-stunden-woche.de**

die Arbeitszeit, sowie wichtige Verhandlungen betreffen unterliegen der Genehmigung der Betriebsversammlung, welche rechtzeitig einberufen werden muss.

**45.** Alle Anträge und Vorschläge der beschäftigten Proletarier sind vom Betriebsrat zu prüfen und der Betriebsversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

**46.** Der Betriebsrat schützt den Betrieb, die Produktion und seine Einrichtungen gegen alle unberechtigten und individuellen Gewaltangriffe und Störungen.

**47.** Der Betriebsrat beschließt und führt alle notwendigen Kampfaktionen gegen das Kapital wie Streiks usw. durch. Alle diese Aktionen unterliegen der Entscheidung der Betriebsversammlung.

**48.** Nach der Wahl des Betriebsrates werden alle früheren Ausschüsse aufgelöst.

.....  
\* [Änderung von Uns: bei Pkt. 11 war im Skript 150 statt 50 getippt, was im Widerspruch zu Pkt. 10 steht.]\*

Wie schon in Punkt 1.) die Gewerkschaft richtigerweise als Organ des Kapitals definiert wird, da es sich wohl um die Gewerkschaft ADGB, dem Vorläufermodell des heutigen DGB, handelt. Da es Uns als anarchosyndikalistische Gewerkschaft darum geht, diese Selbstorganisation der ArbeiterInnen und Angestellten zu initialisieren, haben Wir als revolutionäre Basis-Gewerkschaft sehr ähnliche Vorstellungen über revolutionäre Betriebsräte. Die StellvertreterInnen-Politik des DGB zeigt die scheinsozialistische Position dieses Organs des Kapitals auf. An solchen Scheinbetriebsräten können & wollen Wir Uns selbstverständlich nicht beteiligen & schuldig machen. Diese Anleitung zur Bildung von revolutionären Betriebsräten zeigt das umfassende Betätigungsfeld desselben auf, und die Kontrolle der ArbeiterInnen

# Was will die FAU-IAA?

Wir AnarchosyndikalistenInnen haben die herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel. Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarchosyndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten.

Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.

Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen

Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit in der FAU - Freie ArbeiterInnen Union und international in der IAA - Internationale ArbeiterInnen Assoziation zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freier Grundlage zu kämpfen. Da die Macht und die Stärke des ka-

pitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

**ALLE MENSCHEN, DIE IN DIESEM SINNE MIT UNS ZUSAMMENARBEITEN WOLLEN, SIND UNS WILLKOMMEN.**



## Netzwerk München e.V.

Netzwerk ist ein staatlich unabhängiger Förderfonds für die politische, soziale und ökonomische Selbsthilfe. Netzwerk fördert, ausschließlich mit dem Geld und den Spenden seiner Mitglieder, seit 26 Jahren Projekte, Betriebe und Initiativen, die mit ihrer Arbeit und Initiative ein Gegenmodell zum bestehenden Kommerz und Konsum in München realisieren.

Netzwerk sieht seine Aufgabe darin, Menschen zu fördern, die auf der lokal-regionalen Ebene in kleinen konkreten Schritten die gesellschaftliche Misere von unten verändern.

Selbstverständnis und Struktur von Netzwerk sind von den Prinzipien der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung geprägt, die Entscheidungskompetenzen auf die satzungsmäßigen Organe Mitgliederversammlung, Beirat und Vorstand aufgeteilt.

Netzwerk ist interessiert, mit Menschen in Diskussion zu kommen, die in breiten Bündnissen die Teilhabe und Mitbestimmung an einem Umgestaltungs- und Umverteilungsprozess fordern.

### Infos und Kontakt:

Netzwerkbüro

Schwanthalerstraße 139 Rgb.

80339 München

[www.netzwerk-muenchen.de](http://www.netzwerk-muenchen.de)

e-mail: [netzwerk-muenchen@gmx.de](mailto:netzwerk-muenchen@gmx.de)



## HOLZKOLLEKTIV GmbH

### Schreinerei

Massivholzmöbel und Innenausbau Küchen  
Möbelrestauration Bauschreinerarbeiten im Denkmalschutz  
biologische Holzschutz- und Oberflächenbehandlung

Neureutherstraße 20 80799 München  
Tel. 2 72 18 30 Fax 2 72 18 35

### Impressum

Herausgabe:

FAU-IAA

München

Verantwortlich

im Sinne des

Presserechts:

C. Luppatsch,

Schwanthaler-

str. 139 Rgb,

80339 München

Eigendruck im

Selbstverlag

Auflage:

1000 Stück

JA, ich möchte eine KOSTENLOSE Ausgabe der anarchosyndikalistischen bundesweiten Zeitung DA - Direkte Aktion der FAU-IAA zugesandt bekommen



Kontakt:  
FAU-IAA München  
Schwanthaler Str. 139 Rgb.  
80339 München  
01 73 / 4 04 81 95  
[kontakt@faum.de](mailto:kontakt@faum.de)

